

Magdeburg, den 09.12.2001

„Aus dem Schneider?“

Von Schläfern und Schlafmützen

Der 11. September hat die Welt nachhaltig verändert. Dies wurde von einigen Ordnungspolitikern zum Anlass genommen, um in Deutschland einen Standard der inneren Sicherheit zu installieren, der seit Jahrzehnten keine Mehrheit fand. Es ist uns bewusst, dass der Rechtsstaat sich gegen Terror schützen muss. Dabei darf die Ursachenbekämpfung nicht vergessen werden. Jedoch gelten Verhältnismäßigkeit und Effektivität auch in Krisensituationen als Maxime des rechtsstaatlichen Handelns.

Auch das Zusammenleben der Menschen unterschiedlichster Herkunft ist davon betroffen. Jahrelange Integrationsbemühungen stehen plötzlich zur Disposition. Die positiven ausländerpolitischen Ansätze der letzten Monate vor dem Terroranschlag in New York sind zum Stillstand gekommen und werden plötzlich wieder in Frage gestellt. Der Terrorismusbekämpfung wird alles andere untergeordnet. Insbesondere das Sicherheitspaket II bedeutet bisher nicht denkbare Verschärfungen.

Die Mehrheitsgesellschaft sollte sich darüber im Klaren sein, dass sie keineswegs aus dem Schneider ist. Die Grundrechtseinschränkungen betreffen nicht nur die Migranten, sondern alle Mitglieder der Gesellschaft.

Zunächst sind jedoch im besonderen Migranten betroffen. Durch die Erweiterung der in das Ausländerzentralregister (AZR) aufzunehmenden Daten aber auch durch erweiterte Zugriffsmöglichkeiten der sicherheits- und öffentlichen Behörden in das AZR werden die Migranten zum gläsernen Menschen gemacht. Datenschutzbestimmungen werden für diese Gruppe erheblich eingeschränkt.

Geschäftsstelle:

c/o AGAH

Kaiser-Friedrich-Ring 31

65185 Wiesbaden

tel.: 0611/ 98 99 5-0

fax: 0611/ 98 99 5-18

Es ist inakzeptabel, dass künftig der "Verdacht" und die "Annahme" als rechtliche Grundlage für die Ablehnung eines Visumsantrages aber auch für die Einschränkung des Abschiebeschutzes für die Flüchtlinge ausreichen soll.

Die Migrantenvereine sollen verboten werden können, "soweit ihre Zwecke oder ihre Tätigkeiten die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland" beeinträchtigen oder gefährden. Nicht eindeutige Regelungen dienen nicht der Sicherheit, sondern schaffen vielmehr Rechtsunsicherheit und öffnen der Willkür Tür und Tor.

Herr Schily tut in dem Terrorismusbekämpfungsgesetzentwurf seine Absicht kund, dass er auch eine restriktive Migrationspolitik auf europäischer Ebene installieren möchte. Dieser Bestrebung muss entgegengewirkt werden, damit der humanitäre Gedanke nicht völlig in Vergessenheit gerät.

Die Geschichte liefert den Beweis dafür, dass die Hexenverfolgung einer Gesellschaft nie geholfen hat.